



Steffen Krüger leitet das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Demokratischen Republik Kongo.

DIE M23-REBELLION

EIN WEITERES KAPITEL DER GEWALT IM OSTEN KONGOS

Steffen Krüger

Die Provinzen Nord-Kivu und Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo haben sich in den vergangenen Jahren einmal mehr als Epizentrum verschiedener Konflikte in der Region der Großen Seen in Afrika etabliert. Die zehn Millionen Einwohner zählenden Provinzen wurden während der drei Kongokriege zwischen 1996 und 2006 besonders in Mitleidenschaft gezogen. Sie sind seit Jahren Schauplatz von Plünderungen, willkürlichen Morden und weiteren Verbrechen durch verschiedene Konfliktparteien. Die Region ist sehr dicht besiedelt und reich an Bodenschätzen. Die Vorkommen an Gold, Diamanten, Zinn, Coltan¹ und andere Rohstoffe sind Hunderte Milliarden Euro wert.

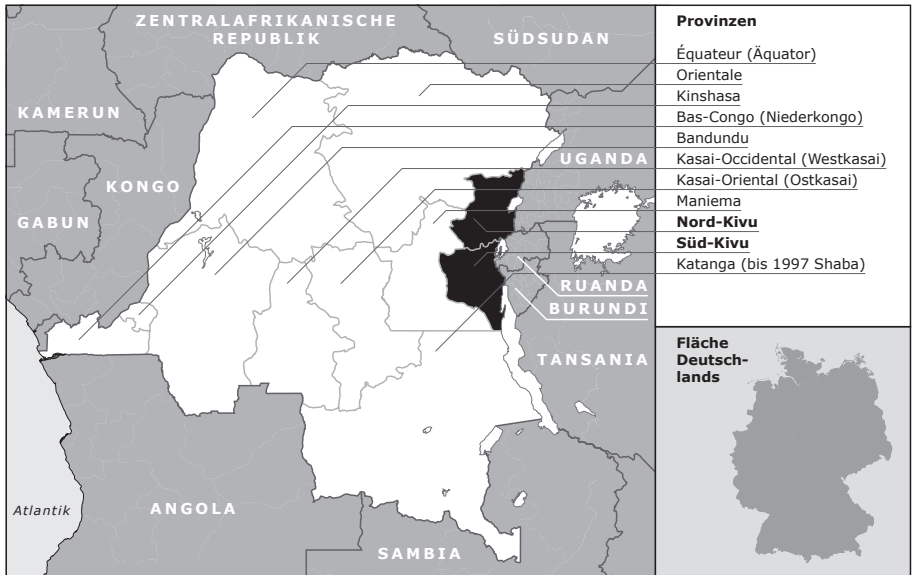
Im April 2012 begann die M23-Rebellion² mit einer Meuterei von 600 kongolesischen Soldaten und brachte eine neue Welle der Gewalt und Zerstörung in die Region. Viele Frauen, Kinder und Männer wurden Opfer des Konfliktes und mehr als 900.000 Menschen mussten zum wiederholten Male aus ihren Häusern flüchten. Die genauen Zahlen kennt niemand, da viele Menschen auf sich allein gestellt sind und kaum Zugang zu Hilfe haben. Die Kämpfe haben mittlerweile aufgehört, aber die Unsicherheit, dass ein neuer Konflikt ausbrechen könnte, bleibt. Verschiedene internationale und nationale Akteure haben in den vergangenen Monaten die Ereignisse analysiert und Lösungen für einen dauerhaften Frieden besprochen.

1 | Coltan ist ein Erz, aus dem hauptsächlich das Metall Tantal hergestellt wird. Tantal wird in Kondensatoren für Laptops und Mobiltelefone verwendet.

2 | M23 steht für den 23.03.2009, das Datum eines nunmehr gescheiterten Friedensabkommens zwischen der kongolesischen Regierung und Rebellengruppen.

Abb. 1

Provinzen der Demokratischen Republik Kongo und Konfliktregionen Nord- und Süd-Kivu



DIE ENTSTEHUNG DER M23-REBELLION

Die brutale Ermordung von über 800.000 Tutsi und gemäßigten Hutu im Nachbarstaat Ruanda innerhalb weniger Wochen im Jahre 1994 war ein dramatisches Ereignis. Bis heute hat dieser Völkermord Auswirkungen auf die gesamte Region. Er gilt auch als Ausgangspunkt für die M23-Rebellion.

Der Völkermord wurde durch die von Tutsi dominierte Ruandische Patriotische Front (Front Populaire Rwandais, FPR) gestoppt.³ Die FPR übernahm innerhalb kurzer Zeit die Kontrolle über das Land. Aus Angst vor Racheakten flüchteten daraufhin mehr als zwei Millionen Hutu in das benachbarte (damalige) Zaire. Darunter befanden sich auch ca. 25.000 bewaffnete Hutu-Milizen, die Mitschuld

3 | Die Ruandische Patriotische Front (FPR) wurde 1985 von Nachfahren ruandischer Tutsi in Uganda gegründet. Die FPR führte von 1990 bis 1994 einen Guerillakrieg gegen die von Hutu dominierte ruandische Armee. Von ihren Militärbasen im südlichen Uganda griffen die Milizen, meist erfolgreich, den Norden Ruandas an.

an dem Völkermord in Ruanda trugen und nun die Tutsi-Bevölkerung in Zaire bedrohten.

Da der langjährige (zairische) Diktator Mobutu Sese Seko die Hutu-Milizen unterstützte, entsandte die neue ruandische FPR-Regierung ihre eigenen Milizen nach Zaire und rüstete die dort lebenden Tutsi auf. In den folgenden zwölf Jahren fanden insgesamt drei verheerende Kriege statt, bei denen es unter anderem um die Hutu/Tutsi-Problematik im Kongo⁴ ging. Insbesondere die Gebiete im Osten Kongos an der Grenze zu Ruanda wurden in große Mitleidenschaft gezogen.

Im Dritten Kongokrieg⁵ von 2006 bis 2009 kämpfte die kongolesische Regierung gegen die Rebellenbewegung Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP). Der CNDP wurde von der ruandischen Regierung unterstützt, um insbesondere die Hutu-Miliz Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR) zu bekämpfen. Weitere Ziele der CNDP war der Umsturz der kongolesischen Regierung und laut Aussage lokaler Experten auch die Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen Ruandas im rohstoffreichen Osten des Kongos. Der Krieg endete mit einer plötzlichen Aufgabe der Rebellen, nachdem interne Machtkämpfe den CNDP merklich geschwächt hatten. Am 5. Januar 2009 verkündete der hochrangige CNDP-Militärführer Bosco Ntaganda⁶ die Absetzung des bisherigen Chefs des CNDP, Laurent Nkunda. Ntaganda bot einen Waffenstillstand an und begann Verhandlungen mit der kongolesischen Regierung. In dem Waffenstillstandsabkommen zwischen den beiden Konfliktparteien wurde vereinbart, 6.200 CNDP-Rebellen in die regulären kongolesischen Streitkräfte Forces Armées de la République Démocratique du Congo (FARDC) einzugliedern.⁷

4 | Nachdem Laurent Kabila den Diktator Mobutu Sese Seko gestürzt hat, wurde Zaire 1997 in die Demokratische Republik Kongo umbenannt. Im Text wird auch Kongo oder DR Kongo benutzt. Davon unterscheidet sich die Republik Kongo oder Kongo-Brazzaville.

5 | Der Dritte Kongokrieg wird auch als Kivukrieg bezeichnet.

6 | Bosco Ntaganda, der von seinen Anhängern „Terminator“ genannt wird, ist seit 2006 ein vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) gesuchter Kriegsverbrecher. Die Anklage bezieht sich auf die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten.

7 | Waffenstillstandsabkommen vom 16.01.2009. Neben der CNDP wurden auch Mitglieder von 20 weiteren Milizen in die FARDC integriert.

Die beiden CNDP-Unterzeichner, Bosco Ntaganda und Sultani Makenga, erhielten hohe Generalposten beim kongolesischen Militär. Sie errichteten allerdings eine Parallelstruktur innerhalb der Streitkräfte. In den folgenden Monaten wurden die ehemaligen CNDP-Rebellen im Wesentlichen zur Bekämpfung der Hutu-Milizen (FDLR) in der DR Kongo eingesetzt. Diese Armeeoperation erhielt den Namen Amani Leo. Im Anschluss an das Waffenstillstandsabkommen wurde am 23. März 2009 in der Provinzhauptstadt Goma ein Friedensvertrag zwischen der kongolesischen Regierung und dem CNDP geschlossen. Es wurde unter anderem vereinbart, die CNDP als politische Partei zuzulassen, politische Gefangene freizulassen sowie weitere politische und wirtschaftliche Versöhnungsmaßnahmen voranzutreiben. Die Regierung Kongos sollte zudem ihre Armee reformieren und die lokale Verwaltung demokratisieren.⁸

Bis auf die nur langsam voranschreitende Integration der CNDP-Rebellen in die Armee zeigte die kongolesische Regierung jedoch nur wenig Interesse an der Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen. Die politische

Die CNDP trat bei den nationalen Parlamentswahlen 2011 als Partner innerhalb der Parteienallianz um Präsident Joseph Kabila an. Seit ihrer Gründung tritt sie allerdings kaum in Erscheinung.

Partei CNDP trat bei den nationalen Parlamentswahlen 2011 als Partner innerhalb der Parteienallianz um Präsident Joseph Kabila an. Seit ihrer Gründung tritt die Partei allerdings kaum in Erscheinung. Trotz des Sieges der Kabila-Parteienallianz hatte sie wenig Erfolg in der kongolesischen Politik. Die bereits erwähnte CNDP-Parallelstruktur innerhalb des kongolesischen Militärs wurde in den östlichen Kivu-Provinzen zunehmend mächtiger und war in den Schmuggel von Gold und anderen Rohstoffen involviert. Die kongolesische Regierung versuchte ab 2012, sie schrittweise aufzulösen. Dazu wurde die militärische Mission Amani Leo beendet, welche die FDLR-Miliz bekämpfen sollte.

Im April 2012 kündigte Präsident Kabila an, der internationalen Gemeinschaft bei der Verhaftung des angeklagten Kriegsverbrechers General Bosco Ntaganda behilflich zu sein. Daraufhin meuterten die beiden CNDP-Unterzeichner Ntaganda und Makenga, nun FARDC-Generäle, mit ca. 600

8 | Das Abkommen wurde seinerzeit durch die damaligen Präsidenten Olsusegun Obasanjo (Nigeria) und Benjamin William Mkapa (Tansania) mit unterzeichnet.

verbündeten Soldaten. Die vorwiegend aus ehemaligen CNDP-Rebellen bestehende Meutereibewegung nannte sich M23, nach dem Datum des nunmehr gescheiterten Friedensabkommens vom 23. März 2009.

BEGINN DER M23-REBELLION

In den ersten Wochen konnten die M23-Rebellen recht schnell kongolesische Gebiete an den Grenzen zu Uganda und Ruanda erobern. Dies lag daran, dass die M23 militärisch besser aufgestellt war, strategische Bündnisse mit anderen Rebellengruppen einging und die Rebellion anfangs Zuspruch in der Bevölkerung fand.

Die Forderungen der M23 nach mehr wirtschaftlicher Entwicklung wurden von der verarmten Bevölkerung positiv aufgenommen.

Die Regierung in Kinshasa hatte trotz vieler Versprechen und Verträge die Situation der lokalen Bevölkerung bisher stark vernachlässigt und ließ den kriminellen Schmuggelnetzwerken freien Lauf. Einige Regierungsmitglieder verdienten dabei sehr gut mit. Die Forderungen der M23 nach mehr wirtschaftlicher Entwicklung in den Kivu-Provinzen wurden daher von der verarmten Bevölkerung positiv aufgenommen.

Nach dem Vorbild anderer Rebellengruppen stellte die M23 eine eigene Regierung und ein Finanzsystem auf. Chef des politischen Flügels wurde im Juli 2012 Jean-Marie Runiga, der bereits die politischen Aktivitäten des CNDP koordiniert hatte. Runiga, ein hochrangiges Mitglied der kongolesischen Erweckungskirche, bildete ein Kabinett und organisierte Pressekonferenzen. Wichtige finanzielle Einnahmequellen waren die besetzten Minen sowie Zölle an Straßen oder Grenzübergängen zum Nachbarstaat Uganda. Zudem wurden Steuern erhoben, aber auch Dörfer ausgeraubt. Zum Teil machte die M23 Profite durch Eintrittsgelder, die ausländische Touristen in den besetzten Nationalparks zahlen müssen.

Obwohl die M23-Rebellion bei Weitem nicht die Truppenstärke ihrer Vorgängerorganisation CNDP erreichte,⁹ konnte sie große Gebiete in der Provinz Nord-Kivu einnehmen und sich gegen die kongolesische Armee behaupten.

9 | Der Nationale Kongress zur Verteidigung des Volkes (CNDP) verfügte über 6.000 bis 8.000 Mann. Die M23-Rebellion hatte im Mai 2012 600 und im November 2012 laut Schätzungen der MONUSCO 2.000 Mann zur Verfügung.

Im Juli 2012 ging die kongolesische Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit den M23-Rebellen ein. Zu dieser Zeit wurde ein Expertenbericht der Vereinten Nationen veröffentlicht, der bewies, dass Ruanda die M23-Rebellen mit Logistik, Ausrüstung und sogar Truppen unterstützte.¹⁰ In dem Bericht wird geschildert, dass die M23-Anführer direkte Befehle aus Ruanda erhalten haben. Im Fokus der Ermittlungen stand dabei der ruandische Verteidigungsminister James Kabarebe, der in den 1990er Jahren Seite an Seite mit Kabila gegen Mobutu kämpfte. Neben wirtschaftlichen Interessen sind die Kivu-Provinzen eine wichtige Pufferzone für Ruanda, um sich gegen Hutu-Milizen zu schützen. Die ruandische Regierung bestritt diese Anschuldigungen vehement.



M23-Rebellen im Juli 2012 in Bunagana. | Quelle: Peter Greste, Al Jazeera English (CC BY-SA).

Ein weiterer Vorwurf in dem Expertenbericht richtete sich an den General und Stabschef der kongolesischen Landstreitkräfte, Gabriel Amisi. Dieser fungiere als Waffenhändler, der verschiedene Rebellen Gruppen aus Beständen der

10 | Der endgültige Bericht wurde in dem Brief des Vorsitzenden des VN-Sicherheitsrates veröffentlicht. VN-Sicherheitsrat, „Letter dated 12 November 2012 from the Chair of the Security Council Committee established pursuant to resolution 1533 (2004) concerning the Democratic Republic of the Congo addressed to the President of the Security Council“, S/2012/843, 15.11.2012, http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2012/843 [12.04.2013].

kongolesischen Armee FARDC versorge und sich lange Zeit an den Minen im Osten des Landes bereichert habe. Auch beliefere er die M23 mit Waffen und Munition. General Amisi wurde aufgrund dieser Vorwürfe von Präsident Joseph Kabila am 22. November 2012 suspendiert.

DIE EINNAHME DER PROVINZHauptSTADT GOMA

Trotz des Waffenstillstandsabkommens nahmen die Kämpfe im Herbst 2012 wieder zu. Die M23-Rebellen konnten ihre Vormacht in der rohstoffreichen Region Masisi im Norden der Provinz Nord-Kivu nicht mehr halten und Uganda blockierte einen Grenzübergang, der bis dato eine wichtige Zolleinnahmequelle für die M23 war. Es zeichnete sich ab, dass die Rebellen in Richtung Provinzhauptstadt Goma marschieren würden. Die Millionenstadt direkt an der ruandischen Grenze ist das Regierungs- und Verwaltungszentrum der Provinz Nord-Kivu und ein wichtiger Handelsposten.

Man versuchte, ehemalige Rebellen und die vielen Deserteure mit einem Monatssold von ca. 150 US-Dollar zu gewinnen. Es gab allerdings auch Zwangsrekrutierungen für die M23, auch von Kindern und Jugendlichen.

Am 18. November stand M23 nur wenige Kilometer vor der Stadt Goma. Bei den ersten Kämpfen mussten die Rebellen hohe Verluste hinnehmen. Die Lücken wurden durch weitere Rekrutierungen in den besetzten Gebieten aufgefüllt. Insbesondere versuchte man, ehemalige Rebellen und die vielen Deserteure mit einem Monatssold von ca. 150 US-Dollar zu gewinnen. Einige folgten der M23 freiwillig. Es gab allerdings auch Zwangsrekrutierungen, auch von Kindern und Jugendlichen.¹¹ Nach und nach wurden die ersten FARDC-Stellungen durchbrochen und einige Stadteile eingenommen. Am 20. November fiel die Stadt ganz in die Hände der M23-Rebellen.

Insbesondere versuchte man, ehemalige Rebellen und die vielen Deserteure mit einem Monatssold von ca. 150 US-Dollar zu gewinnen. Einige folgten der M23 freiwillig. Es gab allerdings auch Zwangsrekrutierungen, auch von Kindern und Jugendlichen.¹¹ Nach und nach wurden die ersten FARDC-Stellungen durchbrochen und einige Stadteile eingenommen. Am 20. November fiel die Stadt ganz in die Hände der M23-Rebellen.

Human Rights Watch berichtet von 24 Ermordungen durch die M23, 21 der Opfer waren Zivilisten.¹² Insbesondere zielten die Rebellen auf Regierungs- und Justizbeamte ab. Laut Berichten von Einwohnern Gomas wurden Zivilisten

11 | In einem Bericht zeigt die amerikanische NRO Human Rights Watch die brutalen Rekrutierungsmethoden der M23 auf. „DR Congo: M23 Rebels Committing War Crimes“, Human Rights Watch, 11.09.2012, <http://hrw.org/news/2012/09/11/dr-congo-m23-rebels-committing-war-crimes> [14.04.2013].

12 | „DR Congo: War Crimes by M23, Congolese Army“, Human Rights Watch, 05.02.2013, <http://hrw.org/news/2013/02/05/dr-congo-war-crimes-m23-congolese-army> [12.04.2013].

verletzt und viele Häuser geplündert oder zerstört, darunter auch Gebäude der Verwaltung und der Polizei. Viele Menschen suchten Schutz in Flüchtlingslagern, die schon bald überfüllt waren. Da die kongolesische Armee bei ihrem Abzug die Stromversorgung der Wasserwerke zerstört hatte, gab es Probleme bei der Versorgung mit Trinkwasser.



Auf der Flucht: Zahlreiche Zivilisten litten unter den Kämpfen zwischen den M23-Rebellen und der kongolesischen Armee. Flüchtlingslager waren bald überfüllt. | Quelle: Kate Holt, Oxfam (CC BY-NC-ND).

Unverständlich ist, warum sowohl die Regierung in Kinshasa als auch die Militärführung die M23-Rebellion so lange unterschätzt haben und wie es möglich war, dass ein paar Hundert Rebellen eine Millionenstadt innerhalb weniger Tage einnehmen konnten. Aussagen lokaler Experten zufolge wurden eine Reihe militärischer Fehlentscheidungen getroffen, zudem wurde die Schwäche der in Goma stationierten FARDC-Einheiten ignoriert. Beim Einmarsch der M23-Rebellen waren zwar auch circa 1.500 Soldaten der VN-Friedensmission MONUSCO¹³ in Goma stationiert, diese konnten allerdings aufgrund ihres Mandats nicht in den

13 | Die Friedensmission United Nations Organization Stabilization Mission in the Democratic Republic of the Congo (MONUSCO) ist seit November 1999 in der Demokratischen Republik Kongo tätig. Die derzeit größte Friedensmission hat eine Stärke von knapp 20.000 Männern und Frauen. Ein Großteil davon sind Soldaten aus Indien, Pakistan, Nepal, Uruguay und Süd Afrika. Zudem gibt es ca. 300 Polizisten und 2.300 zivile Experten. Das Jahresbudget der Mission beträgt ca. 1,4 Milliarden US-Dollar.

Konflikt eingreifen. Das damalige Mandat, beschlossen in einer Resolution des VN-Sicherheitsrats, beschränkte sich auf den Schutz der Zivilbevölkerung und die Zusammenarbeit mit den kongolesischen Streitkräften FARDC. Nachdem bekannt wurde, dass die Übernahme der Stadt durch M23 unmittelbar bevorstand, flohen die FARDC-Soldaten und ließen MONUSCO und die Zivilbevölkerung zurück. Die MONUSCO konnte nur einige Notevakuierungen wichtiger kongolesischer Regierungsvertreter durchführen. Ein weiteres militärisches Eingreifen hätte nach Einschätzung der UNO nur weitere Menschenleben gekostet.

DIE VERBRECHEN DER KONGOLESISCHEN ARMEE IN MINOVA

Bei ihrem Rückzug aus der Stadt Goma beging die FARDC in dem Ort Minova eines der schlimmsten Gewaltverbrechen in diesem Konflikt. Minova befindet sich nicht weit von Goma entfernt und war für einige Tage Rückzugsgebiet der FARDC. Beim Abzug brachen die Kommandostrukturen der FARDC auseinander, einige Einheiten waren tagelang verschwunden und Soldaten begannen zu plündern. Laut einem MONUSCO-Bericht wurden in Minova zwischen dem 20. und 30. November insgesamt 126 Fälle von Vergewaltigungen und zwei Ermordungen durch die kongolesische Armee registriert. Was in Minova geschah, beschrieb ein beteiligter kongolesischer Soldat in der englischen Zeitung *The Guardian*: „Fünfundzwanzig von uns taten sich zusammen und beschlossen, dass jeder einzelne zehn Frauen vergewaltigen sollte, und das taten wir, [...] Ich habe 53 Frauen vergewaltigt. Und Kinder von fünf oder sechs Jahren.“¹⁴ Erst der Einsatz des kurz zuvor ernannten Chefs des kongolesischen Heeres, Generalleutnant François Olenga, und der Militärpolizei konnten die Übergriffe stoppen.

Unmittelbar im Anschluss wurden neun Soldaten festgenommen. Gerade einmal zwei von ihnen wurden wegen Vergewaltigungsvorwürfen verhaftet, sieben weiteren Soldaten warf man Plünderungen vor. Bis auf eine halbherzige Untersuchung der Vorfälle und leere Versprechen haben weder die FARDC noch die kongolesische Regierung etwas

14 | Pete Jones, „Congo: We did whatever we wanted, says soldier who raped 53 women“, *The Guardian*, 11.04.2013, <http://guardian.co.uk/world/2013/apr/11/congo-rapes-g8-soldier> [22.04.2013].

unternommen, die Verantwortlichen für dieses Verbrechen zu finden. Sowohl die lokale Bevölkerung als auch die internationale Gemeinschaft reagierten empört auf dieses Verhalten.

Vergewaltigungen an Frauen, Kindern und zum Teil auch Männern werden häufig als Kriegswaffe eingesetzt, um dem Gegner dauerhafte seelische und körperliche Schäden zuzufügen. Das Beispiel in Minova hat allerdings auch gezeigt, dass selbst Angehörige der eigenen Seite Opfer von Vergewaltigungen werden können. Im Kongo herrscht bei vielen Rebellen und Soldaten der Aberglaube, dass Geschlechtsverkehr mit Minderjährigen vor Schussverletzungen oder dem HI-Virus schützt. Mittlerweile gibt es eine Reihe von nationalen und internationalen Initiativen, die auf die Probleme aufmerksam machen. Einige Monate nach dem Vorfall besuchten die Schauspielerinnen Angelina Jolie und der britische Außenminister William Hague die Krisenregion und machten sich ein Bild von der Situation der Frauen. Hague machte darauf aufmerksam, dass seit 1996 mehr als 500.000 Frauen vergewaltigt wurden. Dass von den Tätern nur ein Bruchteil vor Gericht angeklagt wurde, verstärkte nur die Kultur der Straflosigkeit.¹⁵

DIE M23 ZIEHT SICH ZURÜCK

Am 1. Dezember 2012 haben die M23-Rebellen Goma wieder verlassen und ca. 20 Kilometer nördlich der Stadt Stelung bezogen. Danach begannen Verhandlungen mit der kongolesischen Regierung in der ugandischen Hauptstadt Kampala. Die Forderungen der M23-Rebellen bezogen sich vor allem auf die Einhaltung des Abkommens vom 23. März 2009. Zusätzlich forderte die M23-Delegation mehr Schutz der politischen Opposition und die Aufklärung von Morden an Oppositionellen im Kongo, die Freilassung politischer Gefangener, die Auflösung der nationalen Wahlkommission CENI sowie die Einberufung einer neuen Nationalversammlung. Die kongolesische Regierung, die anfangs nur zögerlich an den Verhandlungen

Die Forderungen der M23-Rebellen bezogen sich vor allem auf die Einhaltung des Abkommens vom 23. März 2009. Zusätzlich forderte die Delegation mehr Schutz der politischen Opposition.

15 | William Hague, „William Hague Reflects on Preventing Sexual Violence – An Op-ed by Foreign Secretary William Hague“, 11.04.2013, <http://gov.uk/government/world-location-news/william-hague-reflects-on-preventing-sexual-violence> [15.04.2013].

teilnahm, verlangte die Auflösung der M23 und wollte Klarheit über die Rolle Ruandas in dem Konflikt.

Im April 2013 dauerten die Verhandlungen noch an. Obwohl erste Vereinbarungen getroffen wurden, sind dauerhafte Lösungen nicht in Sicht. Die kongolesische Seite spielt auf Zeit, um zu sehen, wie lange die M23 noch bestehen bleibt. In der Zwischenzeit haben sich die Delegationen verkleinert, da die Mittel knapp werden.

Gleichzeitig begannen auch Absprachen zwischen den Staaten der Region im Rahmen der Afrikanischen Union und der Internationalen Konferenz der Region der Großen Seen (International Conference on the Great Lakes Region, ICGLR¹⁶). Der Konflikt mit der M23 hat durchaus eine regionale Komponente und barg das Gefahrenpotenzial, dass sich die Kämpfe auf die Nachbarländer Ruanda und Uganda ausdehnen könnten. Inhaltlich ging es bei den internationalen Konferenzen um eine endgültige Beendigung der Konflikte im Osten der DR Kongo und den Aufbau eines Dialogs zwischen den betroffenen Staaten. Im Herbst 2012 wurde bereits die Idee besprochen, eine internationale Eingreiftruppe in die Kivu-Provinzen zu entsenden. Diese Eingreiftruppe, bestehend aus Truppen der Nachbarstaaten, sollte die Rebellengruppen entwaffnen. Aufgrund fehlender Bereitschaft der Staaten blieb es vorerst allerdings bei einer Idee.

In der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba beschlossen elf afrikanische ICGLR-Staaten am 24. Februar 2013 ein Rahmenabkommen für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit für den Kongo.¹⁷ Die unterzeichnenden Staaten erklärten unter anderem, sich nicht mehr ohne Absprache

16 | Die ICGLR-Mitgliedstaaten sind Angola, Burundi, Kenia, die Demokratische Republik Kongo, die Republik Kongo, Ruanda, Sambia, Sudan, Tansania, Uganda und die Zentralafrikanische Republik. Website der ICGLR, <http://cigr.org/index.php> [18.04.2013]; Charlotte Heyl, „Die Internationale Konferenz Große Seen – Eine KSZE für Afrika?“, *KAS-Auslandsinformationen*, 12/2010, 93 ff., http://kas.de/wf/doc/kas_21242-544-1-30.pdf [12.04.2013].

17 | Der Titel des Abkommens lautet: Framework for Peace, Security, and Cooperation in the Democratic Republic of the Congo and the Region. Zusätzlich wurde das Abkommen von Vertretern der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union, der ICGLR und der Southern African Development Community (SADC) bestätigt.

in die Konflikte der Nachbarstaaten einzumischen. Die kongolesische Regierung hat ihrerseits zugestimmt, wichtige Reformen in den Bereichen Sicherheit, Dezentralisierung, Aufbau der Infrastruktur und Verbesserung der Grundversorgung durchzuführen. Insbesondere geht es nun um Strategien und Aktivitäten, die das Abkommen mit Inhalten füllen. Die Unterzeichner treffen sich zweimal im Jahr, um über die Fortschritte zu beraten. VN-Generalsekretär Ban Ki-Moon sprach von einem historischen Moment und forderte, die Situation in der Demokratischen Republik Kongo müsse weiterhin auf der internationalen Agenda stehen.

Vertreter der M23 waren zu diesen Treffen nicht eingeladen. Im Februar 2013 begannen interne Machtkämpfe zwischen den beiden M23-Anführern Makenga und Ntaganda. Ntaganda flüchtete am 18. März in die amerikanische Botschaft in Kigali und stellte sich dem Internationalen Strafgerichtshof. Sein Rivale Makenga übernahm die Leitung der Rebellen und verhandelt nun mit der kongolesischen Regierung in Kampala. Gleichzeitig erhöht sich der Druck auf Ruanda, die M23 nicht weiter zu unterstützen. Aufgrund der Anschuldigungen stellten die USA, Großbritannien, Schweden, die Niederlande und Deutschland im Juli bzw. August 2012 teilweise ihre Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda ein oder verzögerten die Zahlungen.

Im Februar 2013 begannen interne Machtkämpfe zwischen den M23-Anführern Makenga und Ntaganda. Letzterer stellte sich dem Internationalen Strafgerichtshof. Sein Rivale übernahm die Leitung der Rebellen.

ANSÄTZE FÜR EINE LANGFRISTIGE LÖSUNG

In der Demokratischen Republik Kongo gab es in den letzten zehn Jahren einige Fortschritte. Seit Beendigung des Dritten Kongokrieges sind die westlichen und zentralen Teile des Landes einigermaßen stabil. Es fanden bereits zwei Wahlen statt und ein pluralistisches Parteiensystem sowie halbwegs freie Medien haben sich entwickelt. Die hohe Inflation wurde gestoppt und Kongo weist ein gutes Wirtschaftswachstum auf. Allerdings ist die kongolesische Regierung seit 2009 nicht in der Lage, einen dauerhaften Frieden im Osten des Landes zu schaffen. Der Fall von Goma und der Ablauf der M23-Rebellion haben gezeigt, dass die kongolesische Bevölkerung unzufrieden mit dieser Situation ist. In den Zeitungen in Kinshasa wurde

darüber nahezu täglich berichtet. Auch traten Vertreter der Opposition im Parlament und Senat offen gegen die Regierungspolitik an.

Der panische Rückzug aus Goma und die Vorfälle in Minova haben gezeigt, dass die FARDC dringend reformiert werden muss. Sie konnte nur wenig gegen die straff organisierten M23-Rebellen ausrichten.

Das Rahmenabkommen vom 24. Februar hat die Bedeutung von Reformen in der Demokratischen Republik Kongo deutlich hervorgehoben. Besonders wichtig sind dabei der Sicherheitssektor und die Dezentralisierung. Der panische Rückzug aus Goma und die Vorfälle in Minova haben gezeigt, dass auch die kongolesische Armee dringend reformiert werden muss. Experten schätzen, dass die FARDC über 120.000 Soldaten und zivile Mitarbeiter verfügt und damit eine der höchsten Truppenstärken in Subsahara-Afrika hat. Während des M23-Konflikts konnte die FARDC in ihrem desolaten Zustand nur wenig gegen die straff organisierte Rebellenarmee ausrichten. Viele M23-Rebellen kamen aus den Reihen der FARDC und waren doch ihren ehemaligen Kameraden überlegen. Die Wochenzeitschrift *Jeune Afrique* stellt plakativ die Frage „Warum sind die afrikanischen Armeen so miserabel?“¹⁸ und bezog sich dabei auf die Niederlagen der malischen und kongolesischen Armeen im Jahr 2012. Nach Einschätzung lokaler Experten ist die Unzufriedenheit innerhalb der Armee sehr hoch. Dies könnte die Sicherheitslage im Land erheblich beeinflussen.

Dringend notwendig sind strukturelle Reformen zur Schaffung einer Armee, die im Interesse der Verfassung und der Nation handelt und nicht im Interesse einzelner Akteure. Probleme wie parallele oder inkompetente Kommandostrukturen, vernachlässigte Ausbildung, schlechte Ausstattung und Logistik, endemische Korruption, fehlende Zahlungen und mangelnde Motivation müssen behoben werden. Gegenwärtig schreiten die Bemühungen für eine Reform der FARDC nur langsam voran. Präsident Kabila kündigte zwar Ende vergangenen Jahres für 2013 wichtige Reformen an. Bisher hat er dazu aber noch keine weiteren Angaben gemacht. MONUSCO, die EU, die Konrad-Adenauer-Stiftung und weitere Organisationen arbeiten zusammen mit der FARDC und der kongolesischen

18 | François Soudan, „Armées Africaines: Pourquoi sont-elles si nulles?“, *Jeune Afrique*, 17.12.2012, http://jeuneafrique.com/Article/JA2709p026_033.xml0 [13.05.2013].

Zivilgesellschaft an Reformen. Das Länderprogramm Kongo der KAS fördert seit einigen Jahren die Demokratisierung der FARDC durch politische Bildung. In Zusammenarbeit mit der FARDC werden für Offiziere Fortbildungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durchgeführt.

Der zweite Reformbereich betrifft die Dezentralisierung von Staat und Verwaltung in der Demokratischen Republik Kongo. Die Bildung von demokratisch legitimierten und funktionierenden lokalen Institutionen wird seit Langem gefordert und ist bereits in der Verfassung festgeschrieben. Aufgrund politischer Streitigkeiten sowie fehlender Motivation und Finanzierung ist auf dem Gebiet allerdings kein Fortschritt zu erkennen. Viele lokale Verwaltungen arbeiten ineffizient, verfügen über wenig Mittel, sind korrupt und bieten keinen ausreichenden Service. In einigen Landesteilen funktioniert die staatliche Verwaltung überhaupt nicht oder sie wurde durch informelle Strukturen übernommen. Durch eine erfolgreiche Dezentralisierung könnten erhebliche Konfliktpotenziale auf lokaler Ebene abgebaut werden. In anderen Ländern hat sich bei erfolgreichen Dezentralisierungsprozessen gezeigt, dass auf lokaler Ebene Minderheiten besser integriert, Ressourcen gerechter verteilt und die Bürger zu mehr Eigenverantwortung motiviert werden können. In der DR Kongo gibt es noch eine Reihe weiterer Vorhaben, die dringend durchgeführt werden müssen. Aber auch auf internationaler Ebene gibt es einige Ansätze, um die Gewalt zu beenden.

In anderen Ländern hat sich bei erfolgreichen Dezentralisierungsprozessen gezeigt, dass auf lokaler Ebene Minderheiten besser integriert, Ressourcen gerechter verteilt und die Bürger zu mehr Eigenverantwortung motiviert werden können.

Die Vereinigten Staaten haben zur Beschränkung des illegalen Rohstoffhandels im Zuge ihrer Wall-Street-Reformen 2010 ein Gesetz erlassen, das börsennotierten Firmen vorschreibt offenzulegen, ob ihre Produkte mit Metallen aus den Krisengebieten gefertigt wurden. Die Europäische Union bemüht sich derzeit, eine ähnliche Verordnung durchzusetzen. Die Vereinten Nationen, Staaten und zivilgesellschaftliche Organisationen üben zunehmend stärkeren Druck auf Armeen und Rebellen aus, die Gewalt gegen Frauen ausüben. Beispielsweise stellte am 25. März 2013 der Sondergesandte der VN-Mission im Kongo, Roger Meece, der kongolesischen Regierung ein siebentägiges Ultimatum hinsichtlich der Vorkommnisse in Minova: Entweder die

FARDC führe ernsthafte Untersuchungen durch, um die Schuldigen zu verurteilen. Anderenfalls werde die Unterstützung der MONUSCO für die beiden betroffenen FARDC-Bataillone in der Region eingestellt. Aufgrund der Vorwürfe wurden mindestens zehn verantwortliche Kommandanten entlassen und der Militärgerichtsbarkeit übergeben. Wie viele weitere Soldaten und Offiziere angeklagt werden, ist bisher nicht bekannt.

Ruanda wurde am 18. Oktober 2012 als nicht-ständiges Mitglied für zwei Jahre in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt. Westliche Regierungen nahmen die zuvor eingestellte Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda für einige Monate zum Teil wieder auf, wenn auch unter Bedingungen. Am 28. März 2013 beschlossen die Vereinten Nationen ein neues, weit reichendes Mandat für die MONUSCO-Friedensmission im Kongo in der Resolution 2098 (2013).¹⁹ Darin wird nicht nur das Mandat um ein weiteres Jahr verlängert, sondern auch erheblich

Experten sind sich einig, dass im Rahmen des Mandats die Zusammenarbeit der VN mit Polizei und Justizbehörden bereits frühzeitig beginnen sollte, damit Kriegsverbrecher entsprechend verurteilt werden können.

ausgeweitet. Zum ersten Mal entsendet die UNO eine 3.000 Mann starke Eingreiftruppe, die den Auftrag hat, bewaffnete Rebellen Gruppen im Osten des Landes zu neutralisieren und zu entwaffnen. Damit geben die Vereinten Nationen ihr Prinzip der Neutralität auf und greifen aktiv ins Kampfgeschehen ein. Eine Kooperation mit den kongolesischen Streitkräften ist laut Mandat nicht unbedingt notwendig. Allerdings sind sich Experten einig, dass die Zusammenarbeit mit Polizei und Justizbehörden bereits frühzeitig beginnen sollte, damit Kriegsverbrecher entsprechend verurteilt werden können.

In der kongolesischen Bevölkerung sind die Hoffnungen auf eine schnelle Lösung des Konflikts durch die VN-Eingreiftruppe hoch. Die kongolesische Regierung spielt bei den derzeitigen Verhandlungen mit der M23 auf Zeit, in der Hoffnung, die Rebellion löse sich weiter auf oder die Eingreiftruppe werde die M23 entwaffnen. Bei einigen Sicherheitsexperten kommen jedoch Zweifel an der Eingreiftruppe und Erinnerungen an die gescheiterten Missionen ONUC (1960er Jahre im Kongo) und Restore Hope (Anfang der 1990 Jahre

19 | Resolution 2098 (2013), VN-Sicherheitsrat, S/RES/2098 (2013), 28.03.2013, http://securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BFCF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/s_res_2098.pdf [13.04.2013].

in Somalia) auf. Beide Missionen waren ebenfalls nicht neutral und wurden zum Spielball politischer Interessen. Zudem läuft der Mission die Zeit davon, die entsprechenden Truppen müssen in den Kongo verlegt werden und Erfahrungen im Gelände sammeln.

FAZIT

Die Kämpfe sind beendet, aber die Gefahr ist lange noch nicht gebannt. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine neue Rebellbewegung auftaucht, die an den Rohstoffen mitverdienen möchte, ist hoch. Nicht weniger als acht Staaten haben in den vergangenen 20 Jahren im Kongo militärisch eingegriffen. Mehr als 20 Milizengruppen trieben ihr Unwesen, viele davon bis heute. Nach fast 20 Jahren Krieg und Zerstörung wird nicht einfach von heute auf morgen Frieden im Osten der Demokratischen Republik Kongo einkehren.

Allerdings geben einige Entwicklungen Anlass zu Hoffnung. Ein kongolesischer Kriegsverbrecher wurde bereits vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verurteilt, ein weiterer hat sich gestellt. Die M23 konnte nicht zuletzt durch internationalen Druck geschwächt werden und die Vereinten Nationen haben mit ihren afrikanischen Partnern ein Rahmenabkommen geschaffen, das zu einer dauerhaften Lösung in der Region beitragen kann. In einer Ansprache zur neuen Strategie sagte der VN-Generalsekretär: „Die Menschen in der Demokratischen Republik Kongo haben das Recht, ein normales Leben zu führen und nicht Opfer von Vergewaltigungen, Entführungen, Ausbeutung, Angst oder Schlimmerem zu werden. [...] Lassen Sie uns der Demokratischen Republik Kongo nicht nur Hoffnung anbieten, sondern konkretes Engagement für das, worauf sie so lange gewartet hat: Frieden und Stabilität.“²⁰

Das regionale Rahmenabkommen und die neue Eingreiftruppe der VN-Mission sind wichtige Initiativen zur Stabilisierung der Region. Die Wirksamkeit hängt aber vor allem davon ab, inwieweit die Regierung des Landes notwendige Reformen durchsetzt.

20 | Protokoll der 6928. Sitzung des VN-Sicherheitsrates, S/PV.6928, 05.03.2013, http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.6928 [13.04.2013].